

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 35. 32. Jahrg.

29. August 1919

## ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. vierteljährlich. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3523.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

### Redaktion:

Adolf Dornisch, Berlin N 24, Elsäßerstr. 86-88. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 89

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beträge nach Oberelckunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

### Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen, Ausschreibungen. Der Wille zur Sozialisierung. Rundschau. Die Derkschrift des Verbandsvorstandes, II. — Allgemeines: Weitere Anträge des Verbandsvorstandes. Ortsbericht: Dresden. — Die Tapetenbranche: Ortsbericht: Hannover. — Feuilleton: Eingegangene Schriften. — Totenliste. Anzeigen.

### Bekanntmachungen.

#### Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

Laut Beschluß des Tarif-Ausschusses vom 23.—25. Juni 1919, ist dem Tarifamt die Regelung der Entschädigung der Lehrlinge übertragen worden. Das Tarifamt hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem ihm überwiesenen Auftrag befaßt und die Entschädigung wie folgt festgesetzt:

im 1. Lehrjahr	9 Mark wöchentlich
" 2. "	12 "
" 3. "	15 "

Die Entschädigung der Lehrlinge im 4. Lehrjahr hat ihren Leistungen zu entsprechen. Sie muß aber mindestens 24 Mark wöchentlich betragen. Diese Beträge sind vom 29. August ab in allen chemigraphischen Anstalten und Kupferdruckereien zu zahlen.

Das Tarifamt spricht aber die Hoffnung aus, daß obige Sätze, wie die Teuerungszuschläge der Gehilfenschaft, schon ab 18. Juli gezahlt werden. Berlin, den 21. August 1919.

Albert Frisch, Prinzipalvorsitzender.  
Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.  
Richard Köhler, Geschäftsführer.

#### Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Das Tarifvertragsgebiet ist durch Vereinbarung der beiden Vertragsorganisationen — Verband deutscher Steindruckereibesitzer und Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe — in 11. Tariffkreise eingeteilt und für jeden der Kreise ist je ein Unternehmer- und ein Gehilfenvertreter ernannt worden.

Die Einteilung der Tariffkreise und die Ernennung der Herren Kreisvertreter ist wie nachstehend erfolgt:

**Kreis I, Vorort Hamburg,** umfaßt das Gebiet der Hansastädte Hamburg, Bremen, Lübeck, der Provinz Schleswig-Holstein und der ehemaligen Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Unternehmervertreter: Herr Enoch, i. Fa. H. Carly, Hamburg, Große Reichenstr. 15. Gehilfenvertreter: Herr Ludwig Ulrich, Verband der Lithogr., Steindr. u. verw. Berufe, Hamburg, Besenbinderhof 57, IV.

**Kreis II, Vorort Hannover,** umfaßt die Provinz Hannover, den Staat Oldenburg ohne Birkenfeld, die Staaten Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Lippe und Pyrmont. Unternehmervertreter: Herr Dr. Edler, i. Fa. Edler & Kriche, Hannover, Kestnerstraße 42. Gehilfenvertreter: Herr Max Peter, Hannover, Kleinenfelde 22.

**Kreis III, Vorort Barmen,** umfaßt die preußischen Provinzen Rheinprovinz, Westfalen und das ehemalige Fürstentum Birkenfeld. Unternehmervertreter: Herr E. Schlegel, i. Fa. Gebrüder Schlegel, Barmen, Stegestr. 24. Gehilfenvertreter: Herr Otto Bauknecht, Cöln a. Rh.-Sülz, Zülphigerstraße 335, III.

**Kreis IV, Vorort Frankfurt a. M.,** umfaßt die Provinz Hessen-Nassau, die Staaten Hessen und Waldeck-Pyrmont, ohne Pyrmont, und dazu die Stadt Aschaffenburg. Unternehmervertreter: Herr Carl Dondorf, in Fa. B. Dondorf, G. m. b. H., Frankfurt a. M., Bockenheimer Landstraße 136. Gehilfenvertreter: Herr Karl Heusel, Frankfurt a. M., Wittelsbacher-Allee 139, I.

**Kreis V, Vorort Stuttgart,** umfaßt die Staaten Württemberg, Baden, die Hohenzollernschen Lande und die Rhein-Pfalz. Unternehmervertreter: Herr Louis Messing, i. Fa. Wahler & Schwarz, Stutt-

gart, Rotebühlstr. 173. Gehilfenvertreter: Herr Gottlieb Kies, Stuttgart-Hesloch, Gebelsbergstr. 103.

**Kreis VI, Vorort Nürnberg,** (Bayern rechts des Rheins, Nord) umfaßt den Staat Bayern nördlich der Donau. Unternehmervertreter: Herr Hermann Rüdter, i. Fa. Carl Schimpf, Nürnberg, Münchenerstraße 1-9. Gehilfenvertreter: Herr Wilh. Schait, Nürnberg, Theresienstr. 21, I.

**Kreis VII, Vorort München,** (Bayern rechts des Rheins, Süd) umfaßt den Staat Bayern südlich der Donau. Unternehmervertreter: Herr Dr. Josef

### Ausschreibungen.

Auf dem bevorstehenden Verbandstag wird über die Neubesetzung von freigewordenen Angestelltenposten und auch über die Besetzung neugeschaffener Stellen beraten werden.

Um dem Verbandstage eine gründliche Vorberatung zu ermöglichen und ausreichende Kenntnis der in Betracht kommenden Personen zu verschaffen, schreibt der Verbandsvorstand die nach seiner Auffassung unbedingt notwendig werden Posten hiermit aus. Die endgültige Entscheidung wird dem Verbandstag vorbehalten, der aus der Reihe der Meldungen die geeignetsten Bewerber auswählen soll.

Es werden rednerische und organisatorische Fähigkeiten und längere gewerkschaftliche Erfahrungen verlangt. Es wollen sich deshalb nur Kollegen melden, die sich für die Ausfüllung solcher Ämter für befähigt halten.

Das Jahresanfangsgehalt wird durch den Verbandstag festgesetzt.

Zu besetzen sind die Posten eines Sekretärs im Verbandsvorstand, je ein Verwaltungsposten für Berlin und Leipzig und die Stellen für je einen Gauleiter mit dem Sitz in Frankfurt a. M. und Nürnberg.

Die Bewerber müssen nach § 42 Absatz 3 des Verbandsstatutes mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein. Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 15. Oktober d. J. an die Adresse des Verbandsvorstandes Berlin N 24, Elsäßerstraße 86-88 zu richten.

Der Verbandsvorstand.

Cramer, i. Fa. »Graphia«, München, Nymphenburgerstr. 125-27. Gehilfenvertreter: Herr K. Hermann, München, Nymphenburgerstr. 82, III.

**Kreis VIII, Vorort Leipzig,** (Thüringen u. Westsachsen) umfaßt die preußische Provinz Sachsen, das ehemalige Großherzogtum Sachsen, die Staaten Sachsen-Meinungen, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, vom ehemaligen Königreich Sachsen die Amtshauptmannschaft Leipzig und den Staat Sachsen-Altenburg. Unternehmervertreter: Herr Dir. P. Arnold, i. Fa. Moritz Prescher, Nadf., A.-G. Leipz.-Leutzsch. Gehilfenvertreter: Herr Ernst Herbst, Verband der Lithogr., Steindr. u. verw. Berufe, Leipzig, Zeltzerstraße 32, III.

**Kreis IX, Vorort Dresden,** (Ostsachsen und Erzgebirge) umfaßt das ehemalige Königreich Sachsen ohne die Amtshauptmannschaft Leipzig. Unternehmervertreter: Herr Th. Aug. Schupp, i. Fa. Schupp & Nerth, Dresden, Schumannstraße 48. Gehilfenvertreter: Herr Paul Leinen, Verband der

Lithogr., Steindr. u. verw. Berufe, Dresden-A., Ritzenbergstr. 2, II.

**Kreis X, Vorort Berlin,** (Brandenburg und Nordost) umfaßt die preußischen Provinzen Brandenburg mit Berlin, Pommern, West- u. Ostpreußen. Unternehmervertreter: Herr Paul Wundsch, i. Fa. Marlin Schlesinger, Berlin N, Fennstr. 49. Gehilfenvertreter: Herr Gustav Hoffmann, Verband der Lithogr., Steindr. u. verw. Berufe, Berlin SO. 16, Bohrauerstr. 15, III.

**Kreis XI, Vorort Breslau,** (Schlesien) umfaßt die preußischen Provinzen Schlesien und Posen. Unternehmervertreter: Herr Max Mamelok, i. Fa. Mamelok & Söhne, Breslau V, Gräbshenerstr. 101. Gehilfenvertreter: Herr Otto Forchmann, Breslau II, Bohrauerstr. 12 a.

Berlin, den 25. August 1919.

Dr. G. Schweitzer, Unternehmensvorsitzender.  
Oskar Laib, Gehilfenvorsitzender.  
Alexander Czede, Geschäftsführer.

### Der Wille zur Sozialisierung.

Augenscheinlich lebt in den vom Geiste des Sozialismus erfaßten Bevölkerungsschichten ein starker Drang nach einer Sozialisierung unseres wirtschaftlichen Lebens. Nicht nur die Arbeitermassen fordern, daß endlich einmal mit dem Sozialisieren der Anfang gemacht werde, auch in den Kreisen der Angestellten und Beamten ist derselbe Wille zur Sozialisierung vorhanden. Da die maßgebenden Personen und Stellen immer noch vor einer Befriedigung dieses Wunsches zurückschrecken — nicht etwa aus bösem Willen, sondern aus Furcht vor dem Mißlingen — wächst die Enttäuschung über die Ergebnisse der Revolution und die Empörung über die scheinbare Untätigkeit der Regierungen und Parlamente in den Massen zusehends. Der Glaube, daß die Vergesellschaftung unseres Wirtschaftslebens dem Proletariat als eine reife Frucht der Revolution in den Schoß fallen werde, ist leider seit Jahrzehnten genährt worden und hat sich nunmehr zu einem Faktor entwickelt, mit dem wir rechnen müssen. Das Wort Sozialisierung ist zu einem Schlagwort geworden, das eine ungemein starke Suggestivkraft ausübt auf die Köpfe und Gemüter der Proletarier, es steht im Mittelpunkt der Erörterungen und Aussprachen der sozialistisch gesinnten Volksschichten.

Der starke Sozialisierungswille hat seine erste Ursache in dem Gefühl, daß etwas Durchgreifendes geschehen müsse, wenn die Revolution überhaupt Wert haben soll. Man will greifbare Erfolge sehen und man hat den dringenden Wunsch, daß die Regierungen und Parlamente dem Kapitalismus schärfer als bisher zu Leibe gehen. Da dies nicht in der versprochenen Weise und mit der gehofften Schärfe geschieht, da es vielmehr immer mehr den Anschein gewinnt, als ob die kapitalistische Erwerbs- und Ausbeutungssucht nach wie vor ihr Spiel treiben werde, entrüsten sich die Massen hierüber und machen ihrer Entrüstung bei jeder Gelegenheit Luft. Sie schreiben das schneckenhafte Fortschreiten der Sozialisierung der Böswilligkeit der maßgebenden Kreise zu und sprechen bereits von einem Verrat am Sozialismus. Mag diese Auffassung auch falsch sein, sie ist nun einmal vorhanden und bildet eine große Gefahr für die ruhige Entwicklung der Dinge. Wer die Regungen

der Volkseele kennt und wer gelernt hat, über seine Nasenspitze hinwegzusehen, wird diese Gefahr keineswegs gering schätzen. Der instinktive Drang zur Sozialisierung wird noch verstärkt durch die Meinung, daß die Sozialisierung eine leichte Sache sei, die sich im Handumdrehen bewerkstelligen lasse, wenn nur der ernste Wille vorhanden sei. Das ist den Massen früher erzählt worden, und nun ist es sehr schwer, sie von dieser durchaus irrigen Meinung abzubringen.

Der aus dem Gefühl entspringende Sozialisierungswille, der leider alle Schwierigkeiten und Hindernisse gering schätzt, wird auch noch durch sachliche, handfestere Gründe unterstützt. Die Massen haben durch langjährige Erfahrungen die sehr richtige Einsicht gewonnen, daß die politische Freiheit und die rechtliche Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen allein keineswegs genügt, um die Unterschichten wirklich frei und gleichberechtigt zu machen, daß vielmehr noch die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung hinzukommen muß. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß alle Freiheiten und Rechte eines Menschen so lange in der Luft schweben und für ihn wertlos sind, wie sie nicht auf einer wirtschaftlichen Grundlage verankert sind. Solange der Mensch wirtschaftlich abhängig ist, kann er von seinen Rechten und Freiheiten keinen Gebrauch machen, weil er befürchten muß, in seiner wirtschaftlichen Existenz empfindlich geschädigt zu werden. Erst wenn er die wirtschaftliche Unabhängigkeit besitzt, ist er ein wirklich freier Mensch und Staatsbürger, und da diese Unabhängigkeit durch die Sozialisierung gewährleistet werden soll, erscheint sie als eine durchaus berechtigte Forderung und als eine unbedingt notwendige Ergänzung der Demokratisierung unseres politischen Lebens.

Sodann lebt in den Massen die Erkenntnis, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht mehr weiter hinausgeschoben werden darf. Die Umwandlung der kapitalistischen Erwerbswirtschaft in eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft, die Beseitigung der Unterdrückung und Ausbeutung des einen Menschen durch den andern, die Veränderung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse im Sinne des Sozialismus, die planmäßige Gütererzeugung durch und für die Gesellschaft, die gerechte Güterverteilung nach Maßgabe der Leistungen und Bedürfnisse, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit mit Hilfe einer hochentwickelten Technik und einer möglichst vollkommenen Arbeiterorganisation — alle diese Ziele, die der Sozialismus erstrebt, lassen sich ja nur verwirklichen durch die Vergeellschaftung unseres Wirtschaftslebens. Ebenso verhält es sich auch mit den sittlichen und kulturellen Zielen, die dem Sozialismus vorschweben. Es sind dies die Schaffung eines menschenwürdigen Daseins für jeden, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, die Anerkennung und Ehrung einer jeden nützlichen Arbeit, die Möglichkeit für jeden Tüchtigen, seinen Weg zu machen in der Gesellschaft, die Ersetzung der Selbstsucht durch Sozialismus und Menschenliebe, kurz die Hebung der gesamten Menschheit auf eine höhere Stufe der Entwicklung.

Alle diese Erwägungen und Überlegungen, alle diese Erwartungen und Hoffnungen und Wünsche, die als Triebkräfte in der Volkseele lebendig sind, haben es bewirkt, daß der Drang zur Sozialisierung sich allmählich zu einem starken Sozialisierungswillen entwickelt hat. Mit diesem Willen müssen wir rechnen, wir mögen wollen oder nicht, denn er ist ein Faktor, der nicht unterschätzt werden darf, dessen Außerachtlassung sich unter Umständen schwer rächen kann. Darum sind wir gezwungen, an die Verwirklichung des Sozialisierungsgedankens heranzugehen, mögen die Schwierigkeiten auch noch so groß sein. Es ist dies eine Lebensfrage für die sozialistischen Parteien, von der ihre Zukunft und auch die Zukunft des deutschen Volkes abhängt. Daß

bei der Lösung dieses Problems alle Schichten des Volkes mitarbeiten müssen, daß aber das Proletariat in all seinen Gliedern die Hauptarbeit zu leisten hat, braucht wohl nicht erst besonders betont zu werden.

F. Laufkötter.

## Rundschau.

**Gegenteilige Auffassungen.** Wieder tritt der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker zusammen und zwar ist als Datum der Tagung der 22. August und folgende Tage vorgesehen. Neben tariflichen und beruflichen Angelegenheiten wird ein Antrag der Prinzipale zur Verhandlung kommen, der einen Abbau der Teuerungszulage verlangt: Dieser Antrag sieht folgendermaßen aus:

Die mit dem 31. August ablaufende Teuerungszulage ist wie folgt zu ermäßigen:

- für das gesamte besetzte Gebiet sowie für alle Orte bis zu 5 Prozent Lokalzuschlag 20 Mk. pro Woche;
- für alle übrigen Druckorte im Deutschen Reich um 10 Mk. pro Woche.
- Die um die vorstehenden Sätze ermäßigten Teuerungszulagen werden bis zum 31. Dezember d. Js. weitergezahlt.

Diesem Prinzipal Antrag gegenüber steht ein Antrag der Gehilfen, der eine Erhöhung der Teuerungszulagen fordert.

**Buchdruckererziehungsheim.** In Leutenberg in Thüringen, bei Saalfeld (Saale), fand dieser Tage die Eröffnung eines Buchdruckererziehungsheims der Ortskrankenkasse für das Buchgewerbe in Berlin statt, in welchem fünfzig Pflegekinder Aufnahme finden können. Die Friedensburg, eine der ältesten Bergschlösser Thüringens, über dem Städtchen Leutenberg malerisch gelegen, hat da einmal wirklich etwas Nützliches gesehen.

**Der Achtstundentag.** Wie sehr für jedweden Fortschritt auf dem Arbeiterschutzgebiet eine starke und machtvollere Gewerkschaftsorganisation die unerläßliche Voraussetzung ist, ist wieder einmal recht deutlich aus der »Humanité« (Zentralorgan der französischen Sozialdemokratie) zu ersehen, die allen Ernstes gegen die Einführung des Achtstundentages den Einwand erhebt: »... er könnte nicht eine Verkürzung, sondern eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Folge haben. Die Arbeiter würden nämlich, wie der betreffende Fachmann glaubt, vielfach bestrebt sein, in Industrien, wo Schichtarbeit eingeführt ist, zweimal 8 Stunden zu arbeiten, um so den doppelten Lohn zu erhalten. Auch sei eine Verlängerung der tatsächlichen Arbeitszeit durch Übernahme von Heimarbeit nach Beendigung der achtstündigen Fabrikarbeit zu befürchten...«

Wie rückständig und schwach muß nun eine Gewerkschaftsbewegung sein, die nicht einmal die Kraft hat, derartige Durchstechereien eines gesetzlichen Maximalarbeitstages zu verhindern! Wir gestehen offen: Wir haben schon viele mehr oder minder unstichhaltige Argumente gegen den Achtstundentag gehört; aber ein derartiges kommt mit dieser Meinung der »Humanité« zum erstenmal zu unserer Kenntnis. Es wäre auch nicht möglich in einem Lande, in dem die Arbeiter zumindest schon über die ersten Stadien gewerkschaftlicher Disziplin hinaus sind.

**6 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften Deutschlands.** Zum Gewerkschaftskongreß in Nürnberg konnten wir die erfreuliche Mitteilung bringen, daß die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften bereits 5,4 Millionen betrug. Heute ist diese Zahl erhöht. Nach den neuesten uns zur Verfügung stehenden Ziffern sind gegenwärtig 6 097 300 Mitglieder in unseren Zentralverbänden vereinigt.

Diese erfreuliche Zunahme zeigt am besten, daß aller Boykottpropaganda der linkslebenden Revolutionsgruppen zum Trotz die Arbeitermassen doch erkannt haben, daß die gewerkschaftliche Organisation die Voraussetzung jeder dauernden und wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen darstellt. Auch die Tatsache, daß in den wenigen Wochen seit dem Nürnberger Kongreß rund 70 000 neue Mitglieder den Gewerkschaften zuströmten, ist nicht ohne Interesse. Sie darf als ein symptomatischer Beweis dafür angesehen werden, daß die Beschlüsse des Kongresses dem Bewußtsein der Arbeitermassen entsprechen. Die große Masse will eine Vertretung ihrer Interessen, die sich nicht von Zufallsstimmen führen läßt, sondern ihres Weges zielbewußt geht und ihre Maßnahmen dem jeweils Möglichen anpaßt. Die übergroße Mehrheit des Gewerkschaftskongresses war von diesem Gedanken geleitet, ihre Beschlüsse wurden von den reichen Erfahrungen, die das Ergebnis der bisherigen jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kämpfe sind, diktiert. Solange dieser feste Boden nicht verlassen wird, dürfen wir die Zuversicht haben, daß die deutschen Gewerkschaften ihren Aufmarsch fortsetzen werden.

## Die Denkschrift des Verbandsvorstandes.

II.

Bestimmend für die grundlegenden Änderungen der Invaliden- und Witwenunterstützung sind die Wirkungen des Krieges. Der Verbandsvorstand hat deshalb auch in seiner Denkschrift eine eingehende Untersuchung dieser Kriegswirkungen angestellt.

Während vor dem Kriege die Lebensdauer der Menschen ständig zunahm und auch die zunehmende Intensität der Arbeit diese aufsteigende Kurve nicht beeinflussen konnte, ist durch den Krieg eine gründliche Wandlung eingetreten.

Durch die Unterernährung trat frühzeitiger Massentod ein, der uns eine große Anzahl junger Witwen brachte, die zum Teil jahrzehntelang Rente erhalten müssen. Die starke Anspannung der Kräfte infolge des Arbeitermangels während der Kriegszeit hat ferner nicht nur die Gesundheit geschwächt, die in den Jahren nach Wiederherstellung des Friedens die Zahl der Invaliden schneller steigen lassen wird, sondern auch frühzeitigere Invalidität wird eine Folgeerscheinung sein. Die damit in Verbindung stehende größere Sterblichkeit wird nur ein schwacher Regulator dieser Verhältnisse sein. Außerdem legen uns die rückkehrenden Krieger und Kriegsbeschädigten Verpflichtungen auf, die ohne Krieg niemals zu denken gewesen wäre. Es werden große Lasten sein, die sich heute noch nicht berechnen lassen.

Das amtliche Material, was die Denkschrift zum Nachweis der veränderten Verhältnisse bearbeitet hat, weist trübe Bilder auf. Insbesondere auch soweit sie sich auf den veränderten Gesundheitszustand unserer Mitglieder bezieht. Die Sterblichkeitsziffer stieg in unserem Beruf um 38,3 Proz. und die Steigerung der Prozentziffern der Krankenwochen beweist, daß auch hier eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes eingetreten ist.

Diese verwüstenden Wirkungen des Krieges zwingen alle Organisationen mit sozialen Versicherungseinrichtungen, auf neuen Grundlagen aufzubauen. Diese Neuordnung der Dinge vollzieht der Verbandsvorstand nicht, ohne zuvor eine Betrachtung anderer gewerkschaftlicher und kollegialer Einrichtungen vorgenommen zu haben. Es würde in einem Artikel zu weit führen, Gegenüberstellungen zu bringen. Wir verweisen hier auf die Ausführungen der Denkschrift.

Die Leistungen sind in den angezogenen Organisationen sehr ungleich. In staatlich kontrollierten Kassen sind die Leistungen sehr niedrig, während die graphischen Verbände ungefähr unseren bisherigen Leistungen gleichstehen. Eine Sonderstellung nimmt der Verband der Bureauangestellten ein, der den Mitgliedern die Möglichkeit gibt, sich mehrere Anteile durch eine höhere Beitragsleistung zu verschaffen.

Die Vorschläge des Verbandsvorstandes zur Neuordnung der Dinge sind das Ergebnis eines eingehenden Studiums der Vergangenheit, eines Vergleiches mit kollegialen und gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen unter Berücksichtigung der Kriegswirkungen. Trotzdem diese Anträge schon in der »Graphischen Presse« veröffentlicht sind, wollen wir sie in diesem Zusammenhang noch einmal anführen.

1. Neuregelung der Karenzzeiten der Invalidenunterstützung unter geringfügiger Änderung der bisherigen Unterstützungssätze. § 28 des Statuts erhält folgende Fassung: Invalidenunterstützung kann gewährt werden:

1. wenn der Eintritt bis zum 30. Lebensjahr erfolgt:

- bei mindestens 650 Beiträgen 5 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 3900 Mk.
- bei mindestens 1040 Beiträgen 6 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 4680 Mk.
- bei mindestens 1560 Beiträgen 7 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 5560 Mk.

2. wenn der Eintritt zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr erfolgt:

- bei mindestens 650 Beiträgen 4 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 3120 Mk.
- bei mindestens 1040 Beiträgen 5 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 3900 Mk.
- bei mindestens 1560 Beiträgen 6 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 4680 Mk.

3. wenn der Eintritt nach dem 40. Lebensjahr erfolgt:

- bei mindestens 650 Beiträgen 3 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 2340 Mk.
- bei mindestens 1040 Beiträgen 4 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 3120 Mk.
- bei mindestens 1560 Beiträgen 5 Mk. pro Woche auf die Dauer von 15 Jahren 3900 Mk.

4. Für Mitglieder, die bis zum 1. Mai 1905 beiträgen oder die beim Anschluß an andere Verbände auf Grund diesbezüglicher Vereinbarungen übernommen wurden, gelten die Sätze des Abs. 1.

II. Ablösung der dauernden Witwenunterstützung durch eine sofort bei dem Tode des Mitgliebes zu leistende einmalige Unterstützung. Die §§ 34 bis 36 des Statuts werden gestrichen und dafür ein neuer Paragraph in folgender Fassung geschaffen:

Im Todesfall eines zur Invalidenunterstützung berechtigten Mitgliedes kann die hinterbleibende Witwe außer dem im § 37, Absatz 1 vorgesehenen Sterbegeld folgende einmalige Unterstützung erhalten:

Nach mindestens 650 geleisteten Wochenbeiträgen 300,— Mk.

Nach mindestens 1040 geleisteten Wochenbeiträgen 400,— Mk.

Nach mindestens 1560 geleisteten Wochenbeiträgen 500,— Mk.

Hat das verstorbene Mitglied länger als ein Jahr Invalidenunterstützung erhalten, so wird die über diese Zeit hinaus bezogene Invalidenunterstützung bei dem Bezuge der Unterstützung an die Witwe von 300, 400 oder 500 Mk. mit eingerechnet.

III. Zur Sicherung der Invalidenunterstützung wird das Vermögen der Invalidenkasse, welches buchmäßig am 1. Juli 1914 in der Höhe von rund 300000 Mk. vorhanden sein sollte, wieder beschafft. Von diesem Betrage werden 500000 Mk. mürdelsicher angelegt und ausschließlich als Reservefonds für die Sicherung der Invalidenunterstützung verwendet.

Zur Begründung dieser Vorschläge hat der Verbandsvorstand genaue Statistiken über die bisherigen Beitragsleistungen der Mitglieder und die Gegerleistungen des Verbandes aufgestellt. Nach diesen Angaben haben die Invaliden durchschnittlich 849,9 Beiträge geleistet. Für Witwenunterstützung sind 848,6 Beiträge im Durchschnitt geleistet worden. Die eingezahlte Beitragssumme betrug 10—35 Pfg. pro Woche. Seit der Gründung des Senefelder-Bundes im Jahre 1873 sind 28 Jahre 10 Pfg., 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Jahre 15 Pfg., 6 Jahre 25 Pfg. und seit dem 1. Oktober 1910 35 Pfg. pro Woche geleistet worden. Während sich die alten Mitglieder also zu einem verhältnismäßig geringen Beitrag Anrechte erworben haben, müssen nach den Vorschlägen des Verbandsvorstandes künftig die Mitglieder bis zum Unterstützungsbezug statt 52—Mk. im alten Senefelder-Bund jetzt 227,50 Mk. in der ersten, 364,— Mk. in der zweiten und 546,— Mk. in der dritten Staffel zahlen, um Rechte geltend machen zu können. Die Leistungen des Verbandes in der Vergangenheit sind ganz enorme. Die Denkschrift besagt darüber folgendes:

Nach der Gesamtberechnung beträgt die durchschnittliche Invalidenunterstützung bei den 471 verstorbenen oder wieder arbeitsfähig gewordenen Invaliden 212,3 Wochen, also gut 4 Jahre; bei den 282 noch vorhandene Invaliden aber schon 438,9 Wochen oder 8,4 Jahre. In anderer Beleuchtung der Dinge ergibt sich folgende Gegenüberstellung: Die durchschnittliche Beitragsleistung der invalide gewordenen Mitglieder beträgt 349 Wochen. Multiplizieren wir diese Zahl mit 20 Pfg. als Wochenbeitrag — obwohl das bei der langen Geltungsdauer der 10 Pfg.-Beiträge zu hoch gegriffen ist —, so hat jeder Invalide im Durchschnitt 169,80 Mk. eingezahlt. Gegenüber erhielten die verstorbenen oder wieder arbeitsfähig gewordenen Invaliden, wieder durchschnittlich gerechnet, 212 Wochen Unterstützung. Multiplizieren wir diese Wochenzahl mit 6 Mk., was eher zu niedrig gerechnet ist, weil bis 1910 7 Mk. Rente bezahlt wurden, so ergibt sich eine Ausgabe von 1272 Mk. als durchschnittliche Unterstützung, die jeder Invalide für den eingezahlten Betrag von 169,80 Mk. erhalten hat. Die Einzahlung erfolgte in 16 Jahren, die Rückzahlung in 4 Jahren durchschnittlich. Für die noch vorhandenen Invaliden beträgt die Durchschnittszahl der Wochen, die sie Rente erhielten, 439. Mit 5 Mk. pro Woche multipliziert, ergibt als Resultat für diese: eingezahlt 169,80 Mk., bereits durchschnittlich als Invalidenunterstützung erhalten 2634 Mk. Auch hier erfolgte die Einzahlung in 16 Jahren, die Auszahlung der Unterstützung in 3,4 Jahren durchschnittlich gerechnet. Erst bei der Betrachtung einer so großen Zeitperiode erhält man einen richtigen Einblick in diese Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, die oft Gegenstand der Kritik und Lästerung waren. In Wirklichkeit zeigt das Ergebnis dieser Untersuchung, daß eine Kapitalisierung der Beiträge erfolgt ist, wie wir sie nur im Glücks- und Lotteriespiel kennen.

Die neuen Vorschläge nehmen eine Veränderung der Karenzzellen vor. Statt bisher nach 10 Jahren kann künftig erst nach 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> jähriger Beitragszahlung Invalidenrente beansprucht werden. Die Unterstützungssätze sind in ihren Grundzügen die alten geblieben. Nur bezüglich der nach dem 30. Lebensjahr eintretenden Mitglieder ist entsprechend den Auffassungen der Gutachter die gleichen Karenzzellen, aber ein niedrigerer Unterstützungssatz eingeführt worden. Der Vorschlag des Verbandsvorstandes auf Beschränkung der Höchstleistung ist durchaus berechtigt, wenn wir sie mit den anderen Unterstützungseinrichtungen vergleichen. Er gewährt eine sichere Berechnungsmöglichkeit, nimmt aber auch 40 noch lebenden Invaliden die weitere Unterstützung, weil diese sie bereits über 15 Jahre bezogen haben. Trotz der außerordentlich hohen Summe, die diese Mitglieder erhalten haben, könnte bei gebrechlichen Leuten ein Übergangsstadium geschaffen werden. Das Gesamtergebnis der Veränderung stellt eine Verringerung der

Leistungen um 1<sup>3</sup>/<sub>5</sub> dar. Dabei ist mit einer Steigerung der Invalidenzahl um 50 Proz. gerechnet. Bei einer Einnahme von jährlich 273000 Mark bei 15000 Mitgliedern können die errechneten 1000 Invaliden nach 20 Jahren auch die jetzt bestehende Unterstützung nur erhalten, wenn inzwischen eine erhebliche Zinseneinnahme ermöglicht wird.

Die Aufrechterhaltung der Witwenunterstützung in der bisherigen Weise ist unmöglich. Der Beitrag von 35 Pfg. müßte mehr als verdoppelt werden, wenn wir auch nur in bescheidenem Rahmen die immer größer werdende Zahl der Witwen unterstützen wollen. Der Verbandsvorstand hat sich deshalb entschlossen, die Witwenunterstützung durch ein wesentlich erhöhtes Sterbegeld abzulösen. Bei dieser Unterstützung, wo die höhere Sterblichkeitsziffer in voller Wirkung erscheint, ist eine Veränderung durch Beitragserhöhung und Regelung der Unterstützung in anderem Sinne völlig wirkungslos. Auch darüber gibt die Denkschrift durch eine Gegenüberstellung statistischer Zahlen, die sich auf das Alter der Invaliden und Witwen beziehen, näheren Aufschluß. Auch die Ablösung der Witwenunterstützung durch erhöhtes Sterbegeld bedeutet noch eine dauernde Last und solange der Gesundheitszustand auf dem jetzigen Tiefstand bleibt, werden wir durch die jährlichen Ausgaben an die Vergangenheit erinnert. Die Abfindung der jetzt vorhandenen Witwen soll in der Weise geschehen, daß nach einer Übergangszeit die Witwen, die die Summe von 300, 400 oder 500 Mk. als Unterstützung erhalten haben, nichts mehr bekommen. Diejenigen, die die Beträge noch nicht erhielten, sollen bis 300, 400 oder 500 Mk. unterstützt werden. Am 31. Dezember 1920 soll diese Einrichtung der bisherigen Witwenunterstützung aufhören zu existieren.

Die Parole, die den Verbandsvorstand bei seinen Änderungen leitete, ist, aus den Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, herauszukommen. Es soll der Kaiserschnitt gemacht werden, um dem Ganzen das Leben zu retten. Die Gewerkschaftsarbeit soll künftig in erster Reihe stehen und für die lebenden beitragszahlenden Mitglieder ein höheres Existenzniveau schaffen. Würden wir auch diesmal wie auf den früheren Bundesgeneralversammlungen versuchen, durch Palliativmitteln den furchtbaren Kriegswirkungen beizukommen, dann wird der Verband die einstige Höhe nicht wieder erklimmen. Dann wird er aber auch den jüngeren und den tausenden uns neu zugeströmten Mitgliedern nicht gerecht. Diese zahlen Beiträge, ohne eine bestimmte Anwartschaft auf einen späteren Unterstützungsbezug zu haben.

Neben der Regelung dieser Unterstützungseinrichtungen soll nach dem Vermögen der Invalidenkasse wieder beschafft und müdelsicher und unangreifbar bis zu dem Betrage von 500000 Mark angelegt werden. Ferner soll durch eine jährliche Berechnung des Hauptkassierers den Mitgliedern Gelegenheit zur Kontrolle über den Stand der Unterstützungseinrichtungen gegeben werden.

In den Wochen bis zum Verbandstag haben die Mitglieder Gelegenheit, nach den Angaben der Denkschrift selbst Berechnungen anzustellen. Dabei dürften oft die persönlichen Verhältnisse des einzelnen ihren Ausdruck finden. Diese können für die Neugestaltung der Invaliden- und Witwenunterstützung nicht in Betracht kommen. Maßgebend kann nur das Interesse der Gesamtheit sein, und dieses verlangt, daß endlich der Kampf um die ewigen Beitragserhöhungen und Veränderungen der Unterstützungen aufhört und Zeit und Kräfte frei gemacht werden für die großen Aufgaben der Gewerkschaften, die durch den 9. November uns gestellt worden sind.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Weitere Anträge des Verbandsvorstandes.

1. Redaktionelle Änderungen des Statuts zur Einführung des jetzigen Sprachgebrauchs der deutschen Gewerkschaften. Es soll künftig statt Hauptvorstand: Verbandsvorstand, statt Zentralausschuß: Verbandsausschuß, statt Generalversammlung: Verbandstag heißen.

2. Antrag zu § 6. Absatz 2 einfügen: Bei Vergehen der Mitglieder gegen die Bestimmungen des Statuts und die Beschlüsse des Verbandes kann in minder schweren Fällen durch die Ortsverwaltung eine Strafkarenz für alle Unterstützungen bis zu vier Wochen verfügt werden. Das Beschwerderecht im § 7 Absatz 2 und 4 steht auch in diesem Falle jedem Mitglied zu.

3. Antrag zu § 41. Einfügung hinter f.: die Betriebsräte.

Zu § 48. Zwischen Absatz 1 und 2 ist folgender Absatz einzufügen: Die durch Gesetz zur Mitwirkung und Mitbestimmung im Produktionsprozeß berufenen Betriebsräte sind als Beirat des Mitgliedschaftsvorstandes anzusehen und zu allen wichtigen Beschlüssen hinzu zu ziehen oder mindestens von solchen in Kenntnis zu setzen. Aufgabe der Mit-

gliedschaftsvorstände ist, für die Fortbildung der Betriebsräte besorgt zu sein und jede Aufklärung über Wirtschaftsfragen zu fördern.

4. Antrag zu § 52. An Stelle des jetzigen § 52 soll es heißen: Die Mitglieder sind verpflichtet, die tariflichen Arbeitsnachweise bei Stellungswechseln zu benutzen. Ohne die Vermittlungskarte der Arbeitsnachweise darf eine Stellung nicht angetreten werden. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich. Die Umgehung der Arbeitsnachweise zieht die Anwendung der §§ 6 und 39 nach sich.

5. Die Erhöhung des Beitrages tritt am 1. Januar, die entsprechend erhöhten Unterstützungsätze am 1. April 1920 in Kraft.

6. Antrag zu der bisherigen Honorarentschädigung. Die Entschädigungen für die Mitglieder der Ortsverwaltung sollen betragen: für den Vorsitzenden und Kassierer, soweit kein Angestellter die Geschäfte führt, je 1 Proz. der Einnahmen aus den Vollbeiträgen. Die übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung, sowie Verbands- und Tariffunktionäre erhalten Aufwandsfelder für versäumte Arbeitszeit, und eine örtlich zu bemessende Entschädigung für jede Sitzung.

7. Anstellung von Beamten. In Leipzig wird der durch den Kollegen Kindler halbjährig ausgefüllte Posten künftig mit einer vollen Arbeitskraft besetzt. In den Gauen 7 und 12 wird unter Veränderung der Gauenstellung ein Gauleiter angestellt. Der bisher von der Mitgliedschaft Berlin angestellte und aus eigenen Mitteln entschädigte Kassierer gilt vom 1. Januar 1920 ab als Angestellter des Verbandes.

### Ortsberichte.

Dresden. In der am 7. August stattgefundenen Versammlung aller Filialen gab zu Punkt 1 der Tagesordnung Kollege Leinen den Vierteljahrsbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Weiter befaßte sich die Versammlung mit den Aufgaben des Verbandstages in Magdeburg. Kollege Leinen schilderte eingehend die während des Krieges getroffenen Notmaßnahmen, zu denen der Verbandsrat noch Stellung nehmen müsse. Bei Ausbruch des Krieges mußten die Unterstützungen ganz, später teilweise eingestellt und gekürzt werden. Ob alle Unterstützungsätze wieder auf die alte Höhe gebracht werden sollten, müßte besonders scharf geprüft werden. Besonders die Invaliden- und Witwenunterstützung stelle große Ansprüche an unsere Kasse, und es müsse versucht werden, einen anderen gangbaren Weg zu finden. Denn bei der jetzigen Höhe des Beitrages sei die Durchführung der Unterstützungsätze bei beiden Arten auf die Dauer nicht durchführbar. Auch solle der Verband eine Kampforganisation und weniger Unterstützungsvereine sein. Die Krankenunterstützung würde wohl wieder auf den alten Satz gebracht werden können, die Witwenunterstützung aber durch die Erhöhung des Sterbegeldes abzulösen sein. Auch sei die Frage, ob für unsere weiblichen Mitglieder die Krankenunterstützung eingeführt werden könne, ganz besonders zu erwägen. Die Arbeitslosenunterstützung müßte erhöht und evtl. ein Einheitsatz geschaffen werden. Zur Verschmelzung mit dem Frankfurter Unterstützungsvereins Senefelder stehe er auf dem Standpunkt, daß wir gar keine Veranlassung hätten, besondere Vergünstigungen für dessen Mitglieder zu gewähren. Wer zu uns kommen wolle, könne jederzeit als Mitglied bei uns eintreten. Kollege Kirdner begrüßte es, daß der Verband sich mehr als Kampforganisation entwickeln müßte. Auch er ist für Abschaffung der Witwenunterstützung. Aber auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung sei nicht von grundlegender Bedeutung, denn der Staat müsse die geschaffenen Einrichtungen mehr ausbauen. Um eine Beitragserhöhung würden wir wohl bei dem Stande unserer Finanzen nicht herumkommen. Eine Verschmelzung mit dem Frankfurter Verein lehne er ab. Kollege Schäfer übte Kritik an der Schreibweise der »Graph. Presse«, sie müsse bedeutend besser redigiert werden und mehr neuere, nicht schon längst überholte Artikel bringen. Eine Beitragserhöhung sollte nicht eintreten. Wenn schon gespart werden müßte, so solle erst einmal nachgeprüft werden, ob nicht schließlich zuviel Beamte da seien. Man solle nicht alles in so starkem Maße bürokratisieren. Kollege Satzinger verteidigt die Schreibweise des Kollegen Dornick. Kollege Pritschow betont ausdrücklich, daß wir unsere Ziele und Wege nicht verlegen wollen und uns mehr als Kampforganisation betrachten müßten. Die Unterstützungseinrichtungen müßten im Verband abgebaut werden und der Staat müsse die soziale Gesetzgebung mehr ausbauen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung beantragt Redner folgende Resolution, die einstimmige Annahme fand: Die Dresdener Kollegenschaft erwartet von der Belegung der Sozialpolitik und des Arbeiterrechts eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Im einzelnen sind zu fordern: 1. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 15 Jahren. 2. Einführung des 6 stündigen Arbeitstages für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren. 3. Einführung des freien Samstagmittags für Arbeiterinnen. Sodann betont der Redner die Notwendigkeit, auf den Zusammenschluß der graphischen Verbände hinzu-

arbeiten. Der Verbandstag müsse sich mit dieser Frage eingehend befassen. Redner bringt folgende Resolution in Vorschlag, die einstimmige Annahme fand: Die Dresdener Kollegenschaft erblickt in dem Streben nach einer Einheitsorganisation der graphischen Berufe die beste Gewähr für eine Gesundung der beruflichen Verhältnisse. — Nachdem noch einige gewerkschaftliche Fragen von allgemeiner Bedeutung behandelt worden waren, erfolgte eine Ergänzungswahl zum Zentralausschuß. Es wurden einstimmig Kollege Engelmann (Steindrucker), Kollege Schäfer sen. (Lichtdrucker) gewählt. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

## Die Tapetenbranche.

### Ortsberichte.

**Hannover, Formstecher.** In der am 8. August stattgefundenen Mitgliederversammlung lautete der 1. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem kommenden Tarif-Abschluß. Die Aussprache war sehr erregt. Es wurde betont, daß die Kollegenschaft den bestehenden Vereinbarungen mit äußerster gemischten Gefühlen gegenüberstehe. Vergleiche

zwischen Formstecher und Straßenfeger wurden gezogen, bei denen unser Kunsthandwerk schiecht weg kam. Um ein einheitliches Vorgehen der gesamten Formstecher-Kollegen in die Wege zu leiten, fordern die Hannoverischen Kollegen die Zentralleitung auf, eine Branchenkonferenz einzuberufen. Lebhaft bedauert wurde, daß die übrigen Orte so wenig von sich hören ließen. Da eine erschöpfende Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes nicht erreicht werden konnte, so wurde beschlossen, denselben zu vertagen und in einer zweiten, in kürzester Zeit einzuberufenden Versammlung ausgiebiger zu erörtern. Zum 2. Punkt: Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort, geben die Vertrauensleute kurzen Bericht. Die Firma Oschmann zahlt 1.35 Mk., die Firma Künnecke 1.60—1.80 Mk. Stundenlohn. In der sich anschließenden Debatte wurde ausgesprochen, daß namentlich in der einen Stecherei der Unternehmer die jüngeren Kollegen nicht nach Leistungsfähigkeit bezahlt, sondern sich nur strikt an die Vereinbarungen hält. Gewünscht wird, daß die Kollegen allerorts auf gute Löhne sehen und bei Stellungswechsel die schlechtzahlenden Firmen meiden sollten. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die anregende Versammlung ihren Abschluß.

## Feuilleton.

### Eingegangene Schriften.

**Karl Marx, Sein Leben und seine Lehre.** Von M. Beer. (Band 12 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek). 2. vermehrte Auflage. Preis kart. Mk. 3.00, gebunden Mk. 4.50, illustrierte Ausgabe brosch. Mk. 5.50. Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., Berlin, SW. 68.

**Kirche, Religion und Sozialdemokratie.** In einer so beifolgt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienenen Schrift legt der Verfasser — der sozialdemokratische Pfarrer **Emil Felden** — die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion und zur Kirche dar. — Preis 1 Mark.

**Der Frieden gegen die Arbeiter.** Verlag Buchhandlung Vorwärts. Broschüre. Frei von jeder agitatorischen Phrase, illustriert der Verfasser an praktischen Beispielen den vernichtenden Niederschlag der vorliegenden feindlichen Friedensbedingungen auf das Leben des deutschen Arbeiters.

## Totenliste.

- 1918.
- † Am 9. Oktober in Mainz **Heinrich Arzbach**, Hilfsarbeiter aus Mainz, 55 Jahre alt, an Grippe, krank 33 Wochen. — Eingetreten in Mainz am 1. Januar 1893.
  - † Am 28. November in Mainz **Phillip Vock**, Steindrucker aus Heidelberg, 57 Jahre alt, an Lungentzündung und Grippe, krank 11 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Mainz am 14. Dezember 1890.
- 1919.
- † Am 2. April in Hamburg **Paul Rathmann**, Retuscheur aus Alt-Schönfeld, 36 Jahre alt, an Rheumatismus, krank 1 Woche 2 Tage. — Eingetreten in Stuttgart am 29. Dezember 1907.
  - † Am 7. April in München **Joseph Schmiebauer**, Chemigraph aus Landshut, 61 Jahre alt, an Blasenleiden, krank 18 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in München am 3. März 1900.
  - † Am 13. April in Fürth i. B. **Franz Siedersbeck**, Hilfsarbeiter aus Neunburg i. W., 57 Jahre alt, an tuberkulöser Rückenleiderung, krank 33 Wochen. — Eingetreten in Fürth i. B. am 1. Januar 1893.
  - † Am 14. April in Braunschweig **Georg Frey**, Chemigraph aus Stuttgart, 41 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 6 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Bielefeld am 21. November 1904.
  - † Am 22. April in Cöslin i. Pommern **Erich Mielke**, Steindrucker aus Cöslin, 46 Jahre alt, an Lungentzündung, krank 2 Wochen. — Eingetreten in Cöslin am 21. November 1898.
  - † Am 27. April in Berlin **Ernst Schulze**, Steindrucker aus Brandenburg a. H., 37 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 12 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 17. August 1913.
  - † Am 1. Mai in Frankfurt a. M. **Kurt Götze**, Chemigraph aus Chemnitz, 30 Jahre alt, an den Folgen einer Gasvergiftung, krank 13 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Chemnitz am 3. März 1907.

- † Am 8. Mai in Berlin **Oskar Meyer**, Steindrucker aus Danzig, 39 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 9 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 25. Februar 1902.
- † Am 17. Mai in Leipzig **Philipp Possner**, Lithograph aus Brandis bei Leipzig, 46 Jahre alt, an Lungenleiden. — Eingetreten in Leipzig am 13. April 1919.
- † Am 18. Mai in Berlin **Heinrich Zacharias**, Stoff-Druckereibesitzer aus Ladeburg bei Magdeburg, 73 Jahre alt, an Brustfellentzündung Arterien-Verkalkung und Herzlähmung, krank 1 Woche 3 Tage. — Eingetreten in Mannheim am 1. Januar 1885.
- † Am 20. Mai in Leipzig **Willy Paetzel**, Lithograph aus Leipzig, 38 Jahre alt, an Nieren- und Lungenleiden, Invalide, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 18. Februar 1906.
- † Am 25. Mai in Dresden **Gustav Claus**, Photograph aus Breslau, 21 Jahre alt, an Lungentzündung, krank 4 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 16. Februar 1919.
- † Am 29. Mai in Leipzig **Richard Steinbach**, Steindrucker aus Leipzig, 68 Jahre alt, an Herzleiden, krank 23 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 24. November 1918.

### Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung: Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets **sofort** Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

### Stellenangebote

**1 Strichätzer, 1 Autoätzer**  
für Schwarz und Farben, nur erste Kräfte, zu sofort gesucht. **Köhler & Lippmann, Braunschweig.**

**Tüchtige Farbenätzer,**  
aber nur geübte Fertigmacher, suchen **Adolf Klauß & Co., Leipzig, Kreuzstr. 5**

**Tüchtigen Offset-Maschinenmeister**  
für Farbendruck  
**DR. SELLE & CO., BERLIN, Zossenerstr. 55**

**Tüchtiger Blechdruck-Maschinenmeister**  
in dauernde Stellung gesucht  
**Deutsches Blechwarenwerk, Braunschweig.**

### Farbätzer,

der Potter, erfahrener Fertigmacher sein muß, gesucht. Gefl. Offerten mit Zeugnisabschriften erb an **Eberhard Schreiber, Leipzig, Täubchenweg 26**

---

### Verkauf

**Für Lith. u. Steindr.!**  
Lithograph. Anstalt u. Druckerei in München, gut eingerichtet, reichlich statumal, reich behördl. Aufträge, alterslos, er unter 5. hützung, wert zu verkaufen! Erforderlich Mk 1000. — Auskunft durch **SENSAL HEIM, MÜNCHEN, Rumfordstraße 21.**

---

### Der Spitzel.

Roman von **MAXIM GORKI** Broschiert M. 5, geb. M. 7, 2. bezichen  
**FIDES-BÜCHEREIEN Berlin SW. 61, Blücherplatz 2.**

---

### IN SERATE

Es ist nicht die Redaktion, sondern die Expedition zu senden.

### Druckwalzenflanschen

fertigt in großen Mengen und gibt billigst ab  
**MAX KUPKE, Maschinenschlosserei, EILENBURG, Röberstr. 8**

---

### Staatlich privilegierte Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Lichtdruck und Gravüre

zu **MÜNCHEN, Clemensstraße 33.**  
Für das am 16. September beginnende Schuljahr sind nur noch in der **Graphischen Abteilung** einige Plätze zu besetzen (Reproduktionsphotographie, Lichtdruck, Lithographie, Schnellpressenleldruck). — Statut kostenlos. **Die Direktion.**

---

### ZINKDRUCKPLATTEN

ta. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos. —  
**KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50**  
Fertigf. Moritzplatz 12 250.

Ausschneiden! Aufbewahren!

## Japanol-Aufzeichenpapier

für Formstechereien, Druckwalzen-, Tapeten-, Wamstuch- und Linoleumb Fabriken empfiehlt an das In- und Ausland  
**CARL LANGE, Berlin-Neukölln, Steinmetzstr. 4, II.**

**„Betromit“** Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, selbst bei langsamem Verbrauch keine Hautkann restlos verbraucht werden.

**„Steingummi“** Flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographieplatten, Zink- und Aluminiumplatten

**„Enoldin“** Druckpaste speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere

**„Enol“** Drucktinktur sehr geeignet für Bronzedruck

**„Goljad“** vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel bei wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.  
empfiehlt  
**H. Schuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.**  
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

### Der praktische Umdrucker.

Von Beruh. Eiders. Inkl. Porto 1,15 Mk. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig